

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 332 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag  
15.10.2009

### **Grüne fordern professionelle Unterstützung für die Schule statt Kontrolle und Gängelung**

**Kortner: CDU/FDP-Koalition verabschiedet sich von Idee der Eigenverantwortlichen Schule**

"Die Kultusministerin und die Koalitionäre von CDU und FDP verabschieden sich endgültig von der Idee der Eigenverantwortlichen Schule." Das befürchten die Landtagsgrünen nach Ankündigungen aus dem Regierungslager, bei der Neuorganisation der Landesschulbehörde dem Ministerium mehr Durchgriffsrechte zu geben.

"Statt den Weg in mehr Eigenverantwortung zu gehen und die Schulen durch schnelle, serviceorientierte, professionelle und regional ansprechbare Angebote zu unterstützen, wird nun deutlich, dass die schwarz-gelbe Koalition zum Prinzip des obrigkeitsstaatlichen Denkens und zu einer Kultur des Misstrauens zurückkehrt", sagte die schulpolitische Sprecherin der Landtagsgrünen, **Ina Kortner**, heute in Hannover. "Das Herumdoktern an einem Konzept, das auf Kosten der Qualität vor allem auf Personaleinsparung setzt, muss endlich beendet werden! Die Schulen brauchen passgenaue Unterstützung ohne unnötige Reibungsverluste", so Kortner.

Ein Konzept, wie ein Beratungs- und Unterstützungsmodell aussehen könnte, skizziert die Schulexpertin der Grünen so:

1. In ca. 12 bis 16 regionalen Außenstellen müssten Aufsicht und Beratung personell getrennt, aber jeweils an einer Stelle vor Ort erreichbar sein. Diese Außenstellen sollten sich mittelfristig zu regionalen Bildungsbüros entwickeln, in denen Ressourcen des Landes und der Schulträger zusammengefasst würden und flexibel einsetzbar sein. In den regionalen Bildungsbüros sollen nach Vorstellungen der Grünen auch Budgets für ganzjährige Vertretungsstellen angesiedelt werden, mit denen Unterrichtsausfälle im Bedarfsfall zeitnah und qualifiziert aufgefangen werden können.
2. Die Beratung und Unterstützung solle ein Landesinstitut für Qualitätsentwicklung organisieren, welches auch für die Qualifizierung des Beratungspersonals verantwortlich sein müsse. Hierfür könnten die jetzigen Beratungsleistungen mit dem **Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)** zusammengefasst werden.
3. Ein Dienstleistungszentrum könne die Schulen bei Personalangelegenheiten und in dienstrechtlichen Fragen unterstützen.